

Tagesanzeiger

Dienstag
30. Oktober 2018

126. Jahrgang Nr. 252
Fr. 4.20
AZ 8021 Zürich

Richard Powers

Der US-Schriftsteller
stimmt ein Hohelied auf
Wälder und Bäume an.

31

Fall Rumensee

Ein spektakulärer
Mord, der nie richtig
aufgeklärt wurde.

17



Davide Callà

Winterthurs Captain
vor dem Wiedersehen
mit dem FC Basel.

30

Merkel kündigt Abschied auf Raten an

Deutschland Angela Merkel gibt nach 18 Jahren den Vorsitz der CDU ab, bleibt aber Kanzlerin. Der Kampf um ihre Nachfolge als Parteichefin ist bereits entbrannt. Es wird erwartet, dass er auch einen Richtungsentscheid bringt.

Dominique Eigenmann, Berlin

Deutlich früher als erwartet hat Angela Merkel das Ende ihrer politischen Ära eingeleitet. Zur Überraschung von Parteifreunden und Öffentlichkeit gab sie am Montag in Berlin bekannt, dass sie zum Parteitag im Dezember den Vorsitz der CDU zur Verfügung stelle, den sie seit April 2000 innehat. Das Kanzleramt hingegen wolle sie bis zum Ende dieser

Legislaturperiode weiterführen, die im Herbst 2021 endet. Ob Merkels vierte Regierung, gebildet aus CDU, CSU und SPD, aber überhaupt so lange hält, ist fraglich.

SPD-Chefin Andrea Nahles hat nach den verheerenden Wahlniederlagen in Bayern und Hessen Merkels Union ein Ultimatum gestellt: Bis Dezember müsse sichergestellt sein, dass die Regierung in Zukunft besser arbeite, sonst stehe

die weitere Beteiligung ihrer Partei infrage. Verlässt die SPD im Laufe des nächsten Jahres die Regierung, käme es wahrscheinlich zu Neuwahlen. Merkel stellte klar, dass sie dafür nicht mehr als Kanzlerkandidatin zur Verfügung stehen würde. Die 64-Jährige kündigte überdies an, dass sie mit dem Ende ihrer Kanzlerschaft kein weiteres politisches Amt mehr anstreben werde – auch nicht in Brüssel.

Nur kurze Zeit nach Merkels Ankündigung taten bereits drei namhafte CDU-Politiker ihre Ambitionen auf deren Nachfolge kund: Generalsekretärin Anngret Kramp-Karrenbauer (56), Gesundheitsminister Jens Spahn (38) und der frühere Merkel-Rivale und Fraktionschef Friedrich Merz (62). Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (57) hält sich eine Kandidatur ausdrücklich offen.

Der Kampf um die Nachfolge dürfte auch zu einer Auseinandersetzung um die politische Ausrichtung der Partei werden. Die Union hat in den letzten Monaten sowohl an die rechte AfD als auch an die gemässigt linken Grünen Wähler verloren. Spahn und Merz wollen die Partei nach rechts bewegen, Kramp-Karrenbauer wie Laschet sie in der Mitte halten, in die Merkel sie geführt hat.

Kommentar Seite 2, Berichte Seite 2, 3

Schulinseln sorgen für ruhigere Klassenzimmer

Bildung Die Idee ist bestechend: Schülerinnen und Schüler, die das Geschehen im Klassenzimmer stören oder Konflikte mit anderen Kindern haben, sollen kurzzeitig in einem anderen Raum – einer sogenannten Schulinsel – lernen und Hausaufgaben lösen können, mit enger Betreuung.

An einzelnen Schulen hat sich dieses Konzept bereits bewährt, beispielsweise im Stadtzürcher Schulhaus Luchs wiesen. Dort dient eine ehemalige Hauswartwohnung als Ruhezone. Entstanden ist das Angebot als Reaktion auf die integrative Schulung: Seit zehn Jahren sind Schulen gesetzlich verpflichtet, einstige Kleinklassen- und Sonderschüler in die Regelklassen zu integrieren. Dabei zeigte sich, dass insbesondere verhaltensauffällige Kinder durch ihre speziellen Bedürfnisse die Arbeit im Klassenzimmer erschweren.

Der Zürcher Lehrerverband fordert nun, dass «alle Schulen über ein niederschwelliges Angebot für Kinder mit Verhaltensauffälligkeiten verfügen müssen». Ähnliche Forderungen bestehen in anderen Kantonen, verbunden mit dem Hinweis, dass sich mittels Schulinseln die Burn-outs in der Lehrerschaft reduzieren liessen. Vonseiten der Behörden wird eine flächendeckende Einführung des Modells allerdings abgelehnt, da das Angebot individuell ausgerichtet werden müsse. (red) Seite 5



Ärzte verdienen im Jahr eine Viertelmillion Franken

Lohnstudie Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) stösst mit einer neuen Lohnstudie bei der Ärzteschaft auf harsche Kritik. Die bisher umfassendste Erhebung der Ärztelöhne zeigt laut BAG, dass selbstständige Ärzte deutlich mehr verdienen als bisher angenommen. So beträgt laut Studie der mittlere Jahreslohn 257 000 Franken. Spezialärzte wie Neurochirurgen und Gastroenterologen (Magen-Darm-Spezialisten) erzielen gar ein mittleres Jahreseinkommen von deutlich über 600 000 Franken. Zudem fördert die Lohnstudie grosse Einkommensunterschiede zwischen Männern

und Frauen zutage. Warum die Frauen durchschnittlich rund ein Viertel weniger verdienen, lässt sich aus den Daten nicht erklären.

Die Ärzteschaft übt heftige Kritik an der Studie. Diese lasse ausser Acht, dass viele Spezialärzte nicht aus der Grundversicherung, sondern dank Privatversicherungen ein hohes Einkommen erzielen. Der Zürcher Arztpräsident Josef Widler wirft dem BAG gar vor, es versuche bewusst, mit einer «falschen Studie» seine Pläne zur Kostensenkung im Gesundheitswesen durchzusetzen. (br) **Kommentar Seite 4, Bericht Seite 6**

Kommentare & Analysen

«Ermotti sollte nicht vergessen, wie es zur Zwangslage in der Geldpolitik gekommen ist.»

Markus Diem Meier

Der Chefökonom zur Kritik des UBS-Chefs an der Schweizerischen Nationalbank. **Seite 8**

Thomas Heinigers bitterer Montag

Gesundheit Der Zürcher Kantonsrat hat gestern einen Kredit für eine gross angelegte Gesundheitsstudie abgelehnt. In deren Rahmen wären 20 000 Personen regelmässig über ihre Gesundheit, ihren Lebensstil und medizinische Behandlungen befragt worden. Das Parlament hat damit dem scheidenden Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger (FDP) eine empfindliche Schlappe verpasst. Am selben Tag kassierte Heiniger noch eine zweite Niederlage: Die Gesundheitsdirektion unterstützt die Geburtshilfe durch Hebammen nach Ansicht des Parlaments zu wenig. (leu) Seite 19

Verdacht gegen Pilatus weitet sich aus

Stans Für die Pilatus-Flugzeugwerke sind die Probleme wegen der Zusammenarbeit mit Ländern, die vom sogenannten Söldnergesetz betroffen sein könnten, noch nicht ausgestanden. Offenbar ist der Flugzeugbauer nicht nur wegen seiner Kooperation mit der saudischen Luftwaffe im Visier der Behörden. Laut EDA ist überdies ein Meldeverfahren im Gang, das auch Beziehungen der Pilatus-Werke mit zwei anderen Ländern betreffe. Ausserdem widersprechen Bundesstellen der Behauptung des Pilatus-Chefs, in Saudiarabien alles richtig gemacht zu haben. (red) Seite 5



1 8 2 5 2

Abo-Service 044 404 64 64, www.tagesanzeiger.ch/abo
Inserate 044 248 40 30, inserate@tagesanzeiger.ch
Inserate online buchen: www.adbox.ch

Redaktion 044 248 44 11, redaktion@tagesanzeiger.ch
Leserbriefe tagesanzeiger.ch/leserforum
Online www.tagesanzeiger.ch, news@newsnet.ch

| | | | |
|---------------|----|-----------------|----|
| Leserbriefe | 15 | Veranstaltungen | 38 |
| TV/Radio | 26 | Rätsel | 40 |
| Todesanzeigen | 32 | Wetter | 41 |